

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 09. Rat 2004-2009 Sitzungsdatum: 30.08.2005 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 30.08.2005

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg,

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 22.02.2005
3. 25. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Jugendzentrum Frelenberg
hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss
4. 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche" Gürzelweg und "Wohnbaufläche" Kantstraße
hier: Abschluss der Bürger- und Behördenbeteiligung, Beschluss des Entwurfes und Auslegungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus (2. vereinfachte Änderung)
hier: Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
7. Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen
hier: Grundsatzentscheidung
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 8.1. Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

10. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 22.02.2005
11. Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen hier: Vertrags- und Grundstücksangelegenheiten
12. Erweiterungen zur Tagesordnung
13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Grüne
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Grüne
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

es fehlte der Stadtverordnete:

Herr Fred Fröschen	CDU
--------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten sowie den Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass er den ursprünglich für die Erweiterung der Tagesordnung vorgesehenen Punkt 8.1 „Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass“, zurückziehen wolle, da der Gewerbeverein „Holthausen Aktiv“ bisher nicht die notwendige Programmübersicht für diese Veranstaltung eingereicht habe.

Man habe auch schriftlich darauf hingewiesen, dass bis zur heutigen Ratssitzung dieses Programm hätte vorliegen müssen. Nach den Vorschriften der Gewerbeordnung sei es nämlich nur möglich einen verkaufsoffenen Sonntag durchzuführen, wenn die entsprechenden Veranstaltungen wie Jahrmarkt, Stadtfest etc. dies begründen.

Beschluss:

Folgender Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt:

8.1 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Offenhaltung von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass die Verwaltung jedoch zu den in der Haupt- und Finanzausschusssitzung aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wolle. Der Vorschlag des Stadtverordneten Weinen, eine zeitliche Fixierung der Veranstaltungen vollständig fallen zu lassen, sei nicht mit den Vorgaben des Ladenschlussgesetzes vereinbar. Selbst die jetzige Regelung, die alleine deshalb geschaffen wurde, um den Veranstaltern eine weitestgehende Flexibilisierung der Terminwahl zu ermöglichen, bewege sich am Rande der Legalität.

Damit die Verordnung den gesetzlichen Vorgaben vollständig genüge, solle deshalb auf eine konkrete Benennung der Veranstaltungstage hingewirkt werden. Auch in den Nachbarstädten habe sich diese konkrete Benennung durchgesetzt.

Eine ordnungsbehördliche Verordnung würde demnach immer zum Jahresende für das Folgejahr gefasst werden und die auf Vorschlag der Gewerbevereine und sonstigen Veranstalter eingereichten Termine festsetzen.

Zu der von Stadtverordneten Meertens aufgeworfenen Frage bezüglich der Öffnungszeiten an Samstagen vor verkaufsoffenen Sonntagen, sei zu sagen, dass die z. Zt. geltende Regelung des Ladenschlussgesetzes es ermögliche, die Geschäfte bis 20.00 Uhr geöffnet zu lassen. Die Arbeitnehmer könnten deshalb allerdings verlangen, einmal im Monat von einem Samstagsdienst freigestellt zu werden. Aus diesem Grund werde in der kommenden Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung die Regelung des § 2 Abs. 2 entfallen, die ohnehin nur deklaratorische Bedeutung gehabt habe, da der Gesetzgeber diesen Sachverhalt auch schon vorher vollständig geregelt habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll ergänzte, dass er die Veranstalter der Feste zu verkaufsoffenen Sonntagen anschreiben werde, um in der Dezembersitzung eine ordnungsbehördliche Verordnung zu erlassen, in der die konkreten Veranstaltungstermine festgelegt werden. Bereits in der letzten Lenkungskreissitzung des Stadtmarketings habe er dies angekündigt.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass am Ende der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnete Gudduschat eine Anfrage stellen wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift des Rates vom 05.07.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 22.02.2005**

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich nach dem Sachstand des in TOP 22 behandelten Antrages der CDU-Fraktion betr. den Einsatz von biologisch abbaubaren Herbiziden zur Unkrautbekämpfung auf öffentlichen Plätzen.

Ebenso interessiere ihn, wie der Antrag der CDU-Fraktion betr. der Verkehrsführung im Bereich der Jülicher Straße/Baesweilerweg/Daimlerstraße (TOP 23.2) weiter behandelt werde. Beide Tagesordnungspunkte seien an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss verwiesen worden.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass die Pflanzenschutzstelle Bonn der Landwirtschaftskammer NRW die Zustimmung zum Einsatz der Herbizide auf genehmigungspflichtigen Flächen erteilen müsse. Da noch einige Rückfragen zum geplanten Umfang des Einsatzes beantwortet werden musste, denke er in der Novembersitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss hierüber berichten zu können

In Bezug auf die Verkehrsführung im Bereich Jülicher Straße/Baesweilerweg/Daimlerstraße habe der Bund als zuständiger Träger eine Verkehrszählung durchgeführt. Man hoffe in Kürze die Ergebnisse erhalten zu können. Auch dann werde unmittelbar eine Information des Ausschusses erfolgen.

Der Bericht über die Ausführungen der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 22.02.2005 wurde ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **25. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Jugendzentrum Frelenberg**

hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss

Beschluss:

1. **Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Anregungen vorgebracht wurden.**

2. Die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Jugendzentrum Frelenberg wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 4 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche" Gürzelweg und "Wohnbaufläche" Kantstraße
hier: Abschluss der Bürger- und Behördenbeteiligung, Beschluss des Entwurfes und Auslegungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Bürgern weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen wurden.
2. Über die eingegangenen Anregungen und Bedenken berührter Träger öffentlicher Belange wird entsprechend der beigefügten Unterlagen 2.1 bis 2.3 entschieden.
3. Der Entwurf der 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche Gürzelweg" und "Wohnbaufläche Kantstraße" in "Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr und Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen" wird beschlossen.
4. Die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Entwurfes der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes "Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr und Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen" wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 5 Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus (2. vereinfachte Änderung)
hier: Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Anregungen vorgebracht wurden.

2. Die im vereinfachten Verfahren durchgeführte Bebauungsplan-Änderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6 **Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -**
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung

Die Einwohnerversammlung ist für den 29.09.2005, 19.30 Uhr, in der Turnhalle Marienberg geplant.

Beschluss:

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Eva-Maria Piez und Heiner Weißborn
Für die Fraktion der CDU:	Silvia Gillen und Herbert Konrads
Für die Fraktion der UWG:	Corinna Weinhold
Für die Fraktion B'90/Grüne:	Rainer Reißmayer
Für die FDP:	Manfred Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 **Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen**
hier: Grundsatzentscheidung

Stadtverordneter **Overländer** wies noch einmal darauf hin, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales in seiner letzten Sitzung sich einstimmig für die Dezentralisierung der Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen ausgesprochen habe. Der damit akzeptierte Verwaltungsvorschlag sei auch in der Haupt- und Finanzausschusssitzung in der letzten Woche einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Zwecke der anderweitigen kurz- bzw. mittelfristigen Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen, niedrigpreisigen Wohnraum im Stadtgebiet anzumieten bzw. den Standort Obdächer „Heinsberger Str.“ zu optimieren.

Die Schaffung sozialer Brennpunkte bzw. eine Gettoisierung ist dabei zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Erweiterungen zur Tagesordnung

8.1 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

9 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass im Rahmen der Euregionale die HÜLK-Kommunen Herzogenrath, Übach-Palenberg, Landgraaf und Kerkrade mit ihrem Projekt „Grenzland Wurmatal“ die Auszeichnung mit dem Euregionale-Label erreicht hätten. Am Samstag, 17. September 2005, werde im Burgarten der Burg Rode in Herzogenrath diese Auszeichnung durch den Landesminister für Bauen und Verkehr, Herrn Oliver Wittke, an die beteiligten Städte verliehen.

Im Rahmen einer Sternfahrt sind die Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Städte eingeladen mit dem Fahrrad durch das HÜLK-Gebiet zur Burg Rode zu fahren.

Er lade deshalb auch alle Ratsmitglieder sowie die Mitglieder des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses herzlich ein, sich um 13.00 Uhr auf dem Park&Ride-Parkplatz am Bahnhof Palenberg zu versammeln, um gemeinsam mit dem Fahrrad zur Burg Rode zu fahren. Von 14.00 bis 16.00 Uhr werde dort ein abwechslungsreiches Programm mit der offiziellen Label-Vergabe durchgeführt. Er verwies diesbezüglich auf die den Stadtverordneten vorliegende Einladung, die zu Beginn der Sitzung verteilt worden sei.

Weiterhin berichtete **Bürgermeister Schmitz-Kröll** darüber, dass am 11.08.2005 vor Notar Münstermann ein notarieller Vertrag gezeichnet worden sei, wonach 80.000 qm Fläche im Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus an eine 100%-ige LIDL-Tochter veräußert worden seien.

Auf einer Fläche von ca. 38.000 qm wolle die Fa. Weinrich Schokolade, Hauptsitz in Herford, eine Schokoladenproduktion pp. errichten. In mehreren Ausbaustufen soll eine Fläche von rund 18.000 qm überbaut werden mit einem Investitionsvolumen von 40-45 Mio. Euro. Zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 20.09. habe er den Geschäftsführer der Firma Weinrich, Herrn Cord Budde, eingeladen, die Pläne für die Errichtung der Schokoladenfabrik vorzustellen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte weiterhin, dass für das Projekt „Fremdenführer in der Stadt Übach-Palenberg“ zehn ehrenamtliche Interessenten gewonnen werden konnten. Diese erklärten sich bereit für verschiedene Objekte im Stadtgebiet Führungen bzw. geschichtliche Vorträge anzubieten. Es sei geplant, bis Ende September ein Abstimmungsgespräch durchzuführen, um die organisatorischen Einzelheiten zu erörtern. Zu gegebener Zeit werde der Rat abschließend informiert.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass die Stadt einen Förderbescheid durch das Land erhalten habe, in der die bauliche Ertüchtigung sowie die Einrichtung der GGS Palenberg bezuschusst werde. In Höhe von 320.000 Euro würden für bauliche Maßnahmen Mittel zur Verfügung gestellt. 25.000 Euro würden für die Erneuerung der Einrichtung bereitgestellt. In der Schul-, Sport- und Kulturausschusssitzung am 22.09. sollen hierzu die Einzelheiten vorgestellt werden.

Weiterhin bestätigte Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski**, dass - wie in der Haupt- und Finanzausschusssitzung bereits angefragt - mit der Änderung des Schulgesetzes in Schulen ein absolutes Rauchverbot gelte.

In § 54 Abs. 5 SchulG NRW heißt es: „Auf dem Schulgrundstück sind im Zusammenhang mit schulischen Veranstaltungen der Verkauf, der Ausschank und der Genuss alkoholischer Getränke sowie das Rauchen untersagt. Für Schulveranstaltungen außerhalb des Schulgrundstückes gilt Satz 1 entsprechend. Über Ausnahmen entscheidet die Schulkonferenz. Branntweinhaltige Getränke und sonstige Rauschmittel sind in keinem Fall erlaubt.“

Adressat der Vorschriften der so genannten Schulgesundheitspflege seien die Gesundheitsämter in Zusammenarbeit mit den Schulen und Eltern.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.35 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 18.40 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer